

**7. Sitzung vom Montag, 15. April 2019, 19.00 bis 20.30 Uhr, im ref. Kirchgemeindsaal**

---

<b>Anwesend:</b>	<b>Gemeinderat</b> 28 Mitglieder
	<b>Stadtrat</b> Mark Eberli, Stadtpräsident Daniel Ammann Dr. Walter Baur Ruedi Menzi Andrea Spycher Virginia Locher, Stadträtin
<b>Entschuldigt:</b>	Christian Mühlethaler, Stadtschreiber Pascal Sidler, Stadtschreiber-Stv. Hanspeter Lienhart, Stadtrat
<b>Vorsitz:</b>	bis Traktandum 2a Britta Müller-Ganz ab Traktandum 2b Claudia Forni
<b>Protokoll:</b>	Jeannette Wanner, Ratssekretärin

---

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder.

An dieser Sitzung nehmen auch folgende 3 Lernende der Stadtverwaltung Bülach im Rahmen ihrer Ausbildung teil: Michelle Helfrich, Lara Liepold und Michel Böni.

Die Auszählung des Rates ergibt 28 Anwesende. **Das absolute Mehr beträgt somit 15.**

Die Ratsmitglieder sind fristgerecht und ordnungsgemäss zur Sitzung eingeladen worden.

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. April 2018

### Traktandenliste

Die Primarschulpflege beantragt mit Beschluss-Nr. 104 vom 9. April 2019 eine Fristerstreckung von 9 Monaten für die Unterbreitung des überarbeiteten Antrags «Planungskredit Erweiterung Schulanlage Allmend» bis 3. Dezember 2019. Der Beschluss wurde dem Gemeinderat am 11. April 2019 zugestellt.

Antrag der Geschäftsleitung:

Das Geschäft „Planungskredit für die Erweiterung und den Umbau der Schulanlage Allmend – Gesuch um Fristerstreckung“ soll nachträglich als Traktandum 7 aufgenommen werden.

Der Rat ist einstimmig damit einverstanden; das Geschäft wird nachträglich noch auf die Traktandenliste genommen.

Es gibt keine weiteren Änderungsanträge oder Anträge auf eine zusätzliche Wahl bzw. Rochade, welche einer Ergänzung der Traktandenliste bedürfen. Die Traktandenliste wird somit wie folgt genehmigt:

### Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 18. März 2019
2. Wahlen
  - a) Präsident/in des Gemeinderats
  - b) 1. Vizepräsident/in
  - c) 2. Vizepräsident/in
  - d) 3 Stimmzähler/innen
  - e) Ersatzwahl in Kommission Bevölkerung und Sicherheit
3. Postulat von Nadja Naegeli und Mitunterzeichnenden betreffend Klimanotstand – Begründung
4. Postulat von Cornel Broder und Mitunterzeichnenden betreffend Unterbelegung Asylzentrum – Begründung
5. Postulat von Damaris Hohler und Mitunterzeichnenden betreffend Jugendparlament – Begründung
6. Bauabrechnung Beckensanierung Freibad, 2. Etappe
7. Planungskredit für die Erweiterung und den Umbau der Schulanlage Allmend – Gesuch um Fristerstreckung
8. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
9. Diverses

## Protokoll



Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. April 2018

### Eingang von neuen und persönlichen Vorstössen

Keine.

### Beantwortung von Vorstössen

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 10. April 2019 (SRB-Nr. 108) fristgerecht das Postulat von Alfred Schmid namens der FDP betreffend amtliche Publikationen beantwortet. Die Antwort wurde den Gemeinderatsmitgliedern heute zugestellt. Die Behandlung wird auf die nächste GR-Sitzung vorgemerkt.

Traktandum 1

#### **Protokoll der Sitzung vom 18. März 2019**

---

Das Protokoll vom 18. März 2019 wird einstimmig genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

#### **Wahlen**

---

##### **a) Präsident/in des Gemeinderats**

**Die Vorsitzende** beschliesst ihr Präsidialjahr mit folgenden Worten: „Ich übergebe nach der Wahl der neu gewählten Präsidentin /dem neu gewählten Präsidenten. Deshalb ergreife ich nun nochmals das Wort: Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Stadträtinnen und Stadträte, liebe Jeannette und lieber Markus. Ihr alle habt mich in dem Jahr als Gemeinderatspräsidentin unterstützt – herzlichen Dank dafür. Es war eine besondere, herausfordernde, spannende und schöne Rolle, die ich dieses Jahr für die Stadt Bülach innehaben durfte.

Es wurde mir bewusst, dass die politische parlamentarische Kultur auf gegenseitigem Respekt und Verständnis für die andere Sichtweise fusst. Ohne das wäre unsere Arbeit nicht möglich. Ich gebe nun das Amt in andere – erprobte – Hände und ich freue mich darauf, wieder einfach da in der Reihe zu sitzen und meine Meinung zu vertreten.



Jetzt möchte ich vor allem danken: Ich danke Markus Schiess für die gute Unterstützung während unseren Sitzungen – dank dir haben wir uns gegenseitig auch gehört – ohne das wird es schwierig zu debattieren. Ich danke Jeannette Wanner für die professionelle und vorausschauende Organisation und Protokollierung unserer Sitzungen und die super persönliche Unterstützung. Ich danke der Geschäftsleitung für die gute und angenehme Zusammenarbeit. Euch allen danke ich, dass ihr immer sehr anständig – auch mit mir – wart. Ich danke dem Stadtrat und dem Stadtschreiber für die Geduld an unseren Sitzungen und hoffe, dass wir gemeinsam zum Wohl für unsere Stadt auch in Zukunft viel erreichen. Und bevor ich nachher hinten auf meinen Platz sitze, läute ich nochmals die Glocke – zu Ehren von uns allen."

Die Vorsitzende erläutert das Vorgehen bei Wahlen:

- Die Wahl des Präsidiums und der beiden Vizepräsidien erfolgt geheim (Art. 38 Ziff. 2 Geschäftsordnung des Gemeinderats).
- Im 1. und allfälligen 2. Wahlgang gilt das absolute Mehr.
- Sollte ein 3. Wahlgang nötig sein, entscheidet dort das relative Mehr und bei Stimmgleichheit steht dem Präsidium der Stichentscheid zu (Art. 40 Abs. 4 der GeschO).
- Bei den geheimen Wahlen gilt das absolute Mehr, ohne ungültige und leere Stimmen!
- Bei Wahlen wird das Wort zuerst dem Präsidium der interfraktionellen Konferenz sowie anschliessend denjenigen Ratsmitgliedern, die einen Antrag stellen wollen, erteilt.
- Auf Antrag aus dem Rat kann eine Diskussion über die Wahl stattfinden (1/3 der anwesenden Ratsmitglieder müssen dafür sein (Art. 23 Ziff. 1.3 GeschO).

Im Rat liegen keine Einwände gegen das geschilderte Vorgehen vor.

Die Vorsitzende bittet Andres Bühler, Präsident der IFK, den Wahlvorschlag für die Präsidentin / den Präsidenten bekannt zu geben.

Andres Bühler schlägt namens der IFK einstimmig Claudia Forni (Grüne) zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. Die Diskussion wird nicht gewünscht.



### Abstimmung

In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 28 Wahlzetteln 28 Stimmen auf Claudia Forni (keine ungültigen oder vereinzelt Stimmen; keine leer eingelegten Stimmzettel). Das absolute Mehr beträgt somit 15.

Claudia Forni ist für das Amtsjahr 2019/20 mit 28 Stimmen als Präsidentin des Gemeinderats gewählt.

**Claudia Forni** übernimmt in der Folge die Sitzungsleitung: „Guten Abend. Ich grüsse Sie alle herzlich: den Stadtrat und die Vertretung der Verwaltung, das Publikum und die Presse, die sicherstellen, dass die Arbeit des Gemeinderats wahrgenommen und manchmal auch kritisch geprüft wird, unsere Ratssekretärin, Jeannette Wanner, und den Stadtweibel, Markus Schiess, die in aller Stille unschätzbare Arbeit leisten und ganz besonders Euch, liebe Gemeinderats-Kolleginnen und -Kollegen. Ich danke Euch, dass Ihr mir diese wichtige Aufgabe anvertraut habt. Ich trete das Amt mit Respekt, ja fast mit ein wenig Bammel, an, denn Britta hat die Latte sehr hoch angesetzt. Sie hat in der Geschäftsleitung wie auch im Rat immer die Ruhe und Übersicht bewahrt, für ordentliche Abläufe gesorgt und auch einige alte Pendenzen zu einem guten Ende geführt. Dafür möchte ich Dir, liebe Britta, ganz herzlich danken.

Ich werde mich bemühen, diesem Vorbild gerecht zu werden. Kritiken und Anregungen nehme ich gerne entgegen: Bitte meldet Euch. In einem Punkt muss ich passen: Ich kann weder backen noch Trompete spielen – mein Unterhaltungswert wird also eher gering sein.

Dafür freue ich mich, wenn ich aus einem anderen Grund viel zu tun habe. Nämlich wenn ich in diesem Rat angeregt und intensive Gespräche leiten darf. Wenn ich mir etwas wünschen darf, so ist es ein Parlament im ursprünglichen Sinn des Wortes. Einen Ort, wo man miteinander redet, Ansichten und Meinungen begründet, sich austauscht, einander aktiv zuhört und versucht zu verstehen und so vielleicht auch mal seine Meinung ändert.

In diesem Sinne sollten wir jetzt weitermachen, denn wir haben nach den Wahlen noch einige Geschäfte zu beraten. Und danach möchte ich gerne alle Anwesenden zum Apéro einladen, in der «Kantine», unser jetziges Kultur- und Begegnungszentrum an der Solistrasse 3, das dieses Jahr «Guss 39» abgelöst hat.“

Britta Müller-Ganz nimmt ihren Platz im Rat ein.



**b) Wahl 1. Vizepräsident/in**

Die Vorsitzende bittet Andres Bühler, Präsident der IFK, den Wahlvorschlag für die Vizepräsidentin 1 / den Vizepräsidenten 1 bekannt zu geben.

Andres Bühler schlägt namens der IFK einstimmig Stephan Blättler (SVP) zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

**Abstimmung**

In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 28 Wahlzetteln 28 Stimmen auf Stephan Blättler (keine ungültigen oder vereinzelt Stimmen; keine leer eingelegten Stimmzettel). Das absolute Mehr beträgt somit 15.

Stephan Blättler ist folglich mit 28 Stimmen als 1. Vizepräsident für das Amtsjahr 2019/2020 gewählt.

**c) Wahl 2. Vizepräsident/in**

Die Vorsitzende bittet Andres Bühler, Präsident der IFK, den Wahlvorschlag für die Vizepräsidentin 2 / den Vizepräsidenten 2 bekannt zu geben.

Andres Bühler schlägt namens der IFK einstimmig Yvonne Waldböth (SP) zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. Eine Diskussion wird nicht gewünscht.

**Abstimmung**

In der geheimen Wahl entfallen von den eingegangenen 28 Wahlzetteln 24 Stimmen auf Yvonne Waldböth (bei 0 ungültigen, 4 vereinzelt Stimmen und 0 leer eingelegten Stimmzetteln). Das absolute Mehr beträgt somit 15.

Yvonne Waldböth ist folglich mit 24 Stimmen als 2. Vizepräsidentin für das Amtsjahr 2019/2020 gewählt.



#### d) Wahl der 3 Stimmzähler/innen

Die Vorsitzende bittet die IFK, den Wahlvorschlag für die 3 Stimmzähler/innen bekannt zu geben.

Andres Bühler schlägt namens der IFK folgende Stimmzähler vor:

- Andres Bühler, BSB (bisher)
- Rosa Guyer, FDP (neu)
- Dominic Kleiber, EVP (bisher)

Der Vorschlag wird nicht vermehrt. Die Diskussion wird nicht gewünscht.

#### Abstimmung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass, wenn nur 3 Kandidaten vorgeschlagen sind, diese als gewählt erklärt werden und eine Auszählung der Stimmen nicht verlangt werden kann (§ 26 Abs. 2 GG). Somit sind Andres Bühler, Rosa Guyer und Dominic Kleiber für das Amtsjahr 2019/20 als Stimmzähler gewählt.

Die Vorsitzende gratuliert den Gewählten zur Wahl.

Die Stimmzähler resp. die Stimmzählerin haben folgende Sektoren auszuführen:

- Dominic Kleiber, EVP      **Rechter Block** (SVP, EDU, BSB)
- Andres Bühler, BSB      **Mittlerer Block** (FDP und Präsidium)
- Rosa Guyer, FDP      **Linker Block** (SP, EVP, GLP, Grüne)

#### e) Ersatzwahlen in die Kommission Bevölkerung und Sicherheit

Durch die Wahl von Claudia Forni (Grüne) ins Präsidium wurde ein Sitz in der Kommission für Bevölkerung und Sicherheit frei.

Die Vorsitzende fragt die IFK an, ob sie Wahlvorschläge für den freiwerdenden Sitz in der Kommission Bevölkerung und Sicherheit unterbreiten kann.

Andres Bühler schlägt namens der IFK Britta Müller-Ganz vor.

Der Vorschlag wird aus dem Rat nicht vermehrt. Die Diskussion wird nicht gewünscht.



### Abstimmung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass, wenn nur 1 Kandidatin vorgeschlagen wird, diese auch als gewählt erklärt wird. Eine Auszählung der Stimmen kann nicht verlangt werden (§ 26 Abs. 2 GG). Somit ist Britta Müller-Ganz (FDP) für den Rest der Amtsperiode 2018/2022 als Mitglied der Kommission Bevölkerung und Sicherheit gewählt.

### Traktandum 3

#### Postulat von Nadja Naegeli und Mitunterzeichnenden betreffend Klimanotstand – Begründung

Nadja Naegeli und Mitunterzeichnende haben am 18. März 2019 ein Postulat betreffend Klimanotstand eingereicht. Das Postulat wurde an der Gemeinderatssitzung vom 18. März 2019 verlesen und anschliessend dem Gemeinde- und Stadtrat zugestellt.

Wortlaut: „Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, wie die folgenden Massnahmen in Bülach umgesetzt werden können:

1. Der Stadtrat ruft analog zu Städten wie Basel, London und Vancouver den "Klimanotstand" in der Gemeinde Bülach aus.
2. Der Stadtrat erarbeitet eine Strategie, welche die Senkung der CO<sub>2</sub>-Nettoemissionen auf null bis 2030 anstrebt und diese bis spätestens 2050 erreicht. Dabei werden sowohl Emissionen von Produktion wie auch von Verbrauch berücksichtigt.
3. Der Stadtrat setzt sich auf Kantonsebene und im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit dafür ein, dass die Grundlagen und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um das Ziel der Senkung der CO<sub>2</sub>-Nettoemissionen auf null bis 2050 für die ganze Schweiz zu erreichen.
4. Der Stadtrat arbeitet mit anderen Exekutiven zusammen, um Massnahmen zu finden und umzusetzen, welche die zukünftige globale Erwärmung auf unter 1.5 °C begrenzen.“

Die Vorsitzende bittet Nadja Naegeli um Begründung des Postulats.

**Nadja Naegeli** „Geschätzte Anwesende, es stellt sich leider schon lange nicht mehr die Frage, ob wir uns Klimaschutz leisten können. Wir müssen ihn uns leisten (Zitat von Albert Rösti).

Die internationale Gemeinschaft hatte sich am 12. Dezember 2015 auf das Pariser Klimaschutzabkommen verständigt. Damit soll die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad im



Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter begrenzt werden. Es definiert die drei Hauptziele, die Sie auf dem Chart eingeblendet sehen: Begrenzung des Temperaturanstiegs, Förderung der Klimaresistenz und Stärkung der Finanzströme.

Mit einer umgehend eingeleiteten Senkung der Emissionen auf praktisch null wird der Anstieg der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre bis etwa in 20 Jahren gestoppt. Damit lassen sich die Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 wahrscheinlich erreichen und die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Zustand begrenzen.

In der Schweiz gibt es seit 1864 verlässliche Langzeitmessungen des Klimas. Sie zeigen eindeutige Beweise des Klimawandels. So hat die bodennahe Lufttemperatur in der Schweiz in den letzten 150 Jahren um etwa 2 Grad Celsius zugenommen. Diese Erwärmung ist deutlich stärker als im globalen Durchschnitt (0.9 Grad Celsius). Auch mit grössten Anstrengungen kann die Erderwärmung im besten Fall begrenzt werden. Die bereits heute spürbaren Auswirkungen des Klimawandels werden sich weiter verstärken. Die möglichen Folgen für die Schweiz bis ins Jahr 2060 zeige ich Ihnen auf den nachfolgenden Charts kurz auf.

Trockene Sommer: Die bodennahe Lufttemperatur der Schweiz ist im Durchschnitt der Sommermonate Juni, Juli und August etwa 4.5 Grad Celsius wärmer als heute. Gleichzeitig fällt bis zu einem Viertel weniger Regen und die längste niederschlagsfreie Trockenperiode des Sommers dauert rund 20 statt wie bisher 11 Tage.

Heftige Niederschläge: Während des stärksten Niederschlagstags fällt durchschnittlich etwa 10 % mehr Niederschlag. Ein Jahrhundertniederschlag im Sommer bringt rund 20 % mehr Regen als heute.

Mehr Hitzetage: An den heissesten Tagen im Sommer klettert das Thermometer 5.5 Grad Celsius höher als wir es heute gewohnt sind. Hitzesommer wie im Rekordjahr 2003 sind nun die Norm. Sehr heisse Tage – mit Temperaturen wie sie bisher in der Regel nur einmal im Jahr vorkamen – gibt es im Schnitt 18-mal jährlich.

Schneearme Winter: Im Winter ist es durchschnittlich 3.5 Grad Celsius wärmer als heute. Es schneit seltener und weniger. Die Schneefallmengen in tiefen Lagen sind nur noch halb so gross. Die Nullgradgrenze ist um 650 Meter geklettert und liegt im Winter auf etwa 1'500 Meter über Meer. Die Pariser Klimakonferenz hat in einem ihrer Beschlüsse festgehalten, dass der Klimawandel eine dringende und potenziell nicht rückgängig zu machende Gefahr für menschliche Gesellschaften sowie den Planeten darstellt. Hauptursache des globalen Klimawandels ist der verstärkte Ausstoss von Treibhausgasen durch den Menschen seit der Industrialisierung. Die Hauptrolle spielt Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>), das überwiegend bei der Verbrennung von fossilen Treib- und Brennstoffen, aber auch bei der Abholzung von Wäldern entsteht. Zusammen mit anderen verantwortlichen Gasen reichern sie sich in der Erdatmosphäre an und verstärken dort den natürlichen Treibhauseffekt.

Ob und wie schnell die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre weiter ansteigt, hängt vom Verhalten der Menschheit ab. Werden alle bekannten Klimaschutzmassnahmen ausgeschöpft,



gelingt es, den Ausstoss der Treibhausgase rasch und nachhaltig zu vermindern. Werden hingegen keine Massnahmen ergriffen, so steigen die Emissionen ungebremst.

Die Daten aus meiner Präsentation stammen vom Netzwerk des Bundes für Klimadienstleistungen, das sich aus verschiedenen Bundesämtern und renommierten Forschungsinstitutionen wie der ETH Zürich zusammensetzt. Auch der neueste Bericht des Weltklimarates zeigt wissenschaftlich und mit aller Klarheit auf, dass wir uns mitten in einer menschengemachten Klimakrise befinden.

Stadtregierungen rund um die Welt reagieren, indem sie den «Klimanotstand» ausrufen und Ressourcen investieren, um dieser Krise angemessen zu begegnen. Die Komplexität der Klimakrise erfordert Antworten und Lösungen auf allen Ebenen, also sowohl individuelle Verhaltensänderungen wie auch institutionelle Massnahmen, die Einzelpersonen nur indirekt auslösen können.

Unsere Verfassung kennt keine Bestimmungen über die Ausrufung eines Notstandes. Der Begriff Klimanotstand ist denn auch symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein. Nichtsdestotrotz: Wenn wir jetzt nicht reagieren, wird es zu spät sein. Noch ist eine Reaktion möglich, viel Zeit bleibt uns aber nicht. Der Bericht des Weltklimarates enthält Szenarien, welche aufzeigen, wie die weltweite Klimaerwärmung auf 1.5 °C beschränkt werden kann. Eine Erwärmung um 1.5 °C bis 2050 wird von Experten als Grenze definiert, welche «nur» Konsequenzen nach sich zieht, die noch als bewältigbar oder reversibel gelten.

Die Schweiz und insbesondere der Kanton Zürich sind dabei als weit überdurchschnittliche Emittenten von Treibhausgasen im besonderen Masse gefordert. Dem grössten Schweizer Kanton und den hiesigen Parlamentsgemeinden kommt dabei eine besondere Verantwortung zu bei der Bewältigung der existierenden und sich verschärfenden Klimakrise mit ihren vielfältigen negativen Auswirkungen. Als wichtiger Wirtschaftsstandort kann und muss er Anreize für die Entwicklung von Lösungen, Geschäftsfeldern und Innovationen schaffen, welche als Ganzes eine tragfähige Klimastrategie bilden. Bülach kann kantonal und national voran gehen und durch konkretes Handeln andere Gemeinden motivieren, ihre eigenen Ressourcen für die Bewältigung der Klimakrise einzusetzen. Handeln wir, solange noch Zeit zum Handeln bleibt.

Am 6. April 2019 demonstrierten allein in Zürich wiederum über 15'000 Personen, schweizweit waren 50'000 Menschen auf der Strasse. Trotzdem ist es mir bewusst, dass mein Postulat heute in diesem Parlament einen schweren Stand hat. Insbesondere auf bürgerlicher Seite beharren einige trotz all der aufgezeigten und wissenschaftlich erwiesenen Fakten immer noch auf ihrer Position, reden den Klimawandel schön und tun die Klimabewegung als (Zitat Roger Köppel) «Missbrauch der Kinder durch ihre links-grünen Lehrer» ab. Das ist fahrlässig. Denn die Jugendlichen (und alle, die sich mit ihnen engagieren) fordern zu Recht, dass sich unsere Gesellschaft ohne weiteres Zögern auf Nachhaltigkeit ausrichtet. Ohne tiefgreifenden und konsequenten Wandel ist ihre Zukunft in Gefahr. Auch die Mehrheit der Bülacherinnen und Bülacher hat sich bei den Wahlen vom 24. März 2019 klar für eine nachhaltige Klimapolitik ausgesprochen. Wenn wir uns den Klimaschutz jetzt nicht leisten,



werden die Kinder und Jugendlichen die Auswirkungen des Klimawandels auf Gesellschaft und Wirtschaft tragen müssen – mit all den dazu benötigten finanziellen Mitteln. Es ist unsere Pflicht, heute Abend und in Zukunft ein Zeichen zu setzen. Für einmal appelliere ich nicht in erster Linie an euch als Parlamentarierinnen und Parlamentarier! Ich bitte ich Euch als Eltern, Grosseltern, Onkel, Tanten und Gottis oder Göttis, der Überweisung meines Postulats zuzustimmen. Herzlichen Dank für eure Aufmerksamkeit!"

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist das Postulat entgegenzunehmen.

**Stadträtin Andrea Spycher** teilt namens des Stadtrats mit, dass es sich hier inhaltlich nicht primär um kommunale Politik handle. Es fehle ein griffiges Instrument, um die Annahme dieses Postulats zu rechtfertigen. Der Stadtrat bemühe sich im Rahmen seiner Möglichkeiten bereits jetzt – z.B. mit dem Label „Energistadt“ oder dem Baustandard „Minergie“ – um einen realistischen Beitrag der Stadt Bülach zur Klimaförderung. Den Klimanotstand in Bülach auszurufen, gehe dem Stadtrat jedoch einen Schritt zu weit. Der Stadtrat ist deshalb nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass somit die Diskussion eröffnet ist und der Rat im Anschluss daran über die Überweisung abzustimmen hat.

### Diskussion

**Dominic Kleiber EVP-Fraktion** „Die EVP-GLP-Fraktion unterstützt das Postulat betreffend Klimanotstand. Die Klärung der Begrifflichkeit trägt dazu bei, etwaige Vorbehalte abzubauen. Der etwas scharf formulierte Begriff Klimanotstand ist nicht zu verwechseln mit dem in Krisensituationen ausgerufenen Notstand in juristischem Sinne, welcher es Behörden erlaubt, sich über bestehendes Recht hinwegzusetzen. Vielmehr geht es darum, ein Zeichen zu setzen. Das Ausrufen des Klimanotstandes lehnt sich an das Vorgehen anderer grosser Städte an und hat eine Signalwirkung nach aussen, dass Bülach den Klimawandel ernst nimmt und als innovative, zukunftsorientierte Stadt am Puls der Zeit ist und bereit ist, der wohl grössten Herausforderung der heutigen Zeit mit der nötigen Ernsthaftigkeit zu begegnen. Die Ausrufung des Klimanotstandes hat einen mehr symbolischen denn rechtlichen Charakter. Ziel ist es, aktuelle und zukünftige Geschäfte unter dem Gesichtspunkt der ökologischen Verträglichkeit zu betrachten, zu sensibilisieren und sicherzustellen, dass weitsichtige umweltverträgliche Entscheidungen getroffen werden. Sich frühzeitig mit der Thematik auseinanderzusetzen und sich entsprechend zu vernetzen ist sicher nicht falsch, um den Zug nicht zu verpassen und gerüstet zu sein, für die mit grosser



Wahrscheinlichkeit kommenden politischen Entscheide in Richtung CO<sub>2</sub>-neutrale Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht zuletzt lebt Bülach mit Anerkennen der Dringlichkeit den Begriff der ökologischen Generationengerechtigkeit und übt eine Vorreiterrolle aus. Das Postulat ist eine Chance, uns als fortschrittliche, dynamische und verantwortungsbewusste Stadt zu präsentieren."

**Damaris Hohler:** „Die Meinung der Jugend bzw. der 15'000 Streikenden, die am 6. April 2019 in Zürich auf die Strasse gegangen sind, ist klar: Der Klimaschutz soll in der Politik erste Priorität erhalten. Nun liegt es an uns Politikern und Politikerinnen, dieser Aufforderung nachzukommen. Die Problematik ist uns allen klar, Zielsetzungen und Lösungen sind ebenfalls vorhanden. Mit der Ausrufung des Klimanotstandes bekommt der Klimaschutz seine notwendige Relevanz und auch die Stadt Bülach wird ihren Teil zu diesem globalen Problem leisten. Wichtig zu betonen ist dabei, dass es sich bei der Bezeichnung «Klimanotstand» nicht um einen juristischen Begriff handelt. Es ist nicht die Intention, einen Notstand im rechtlichen Sinne auszurufen. Der Begriff dient vielmehr als Metapher, um auszudrücken, dass umwelt- bzw. klimapolitische Themen und Vorstösse oberste Priorität haben sollten. Nur so können die angestrebten Klimaziele der Schweiz auch erreicht werden. Die Grünen unterstützen deshalb die Ausrufung des Klimanotstandes in Bülach mit aller Vehemenz.“

**Frédéric Clerc:** „Die aktuellen Diskussionen um das Klima eskalieren immer mehr zur emotionalen Dimension, welche von diversen Gruppierungen angetrieben wird. Der UNO-Weltklimarat und mit ihm vernetzten Forschungsinstitutionen sowie die gesellschaftlichen Medienmultiplikatoren schüren ein Klima der Angst. Angst verhindert klares und kritisches Denken. Es ist auch bedenklich, dass genau diese Situation dazu führt, dass kritisches Hinterfragen von den Klimaaktivisten gleich als Klimaleugnung zementiert wird.

Es geht aber nicht darum den Klimawandel zu leugnen, der ist offensichtlich eine Tatsache und eine grosse Herausforderung für die Weltbevölkerung. Aber es steht der Wissenschaft nicht an, ihre wissenschaftliche Arbeit zu «verpolitisieren» und die Medien sollten sich auf ihre Aufgabe (sachlich zu informieren) konzentrieren, statt nur die Maximierung ihrer Auflagen mit reisserischen Berichten zu füllen. Politik - und mit diesem Postulat sind wir angesprochen - hat keine andere Möglichkeit, als auf alle Facetten der Wissenschaft zu hören. Aber, wenn Interessenverbindungen im Wissenschaftsbereich vorhanden sind, sollten auch wir hellhörig und stutzig werden. Lassen wir uns nicht instrumentalisieren und von Angst leiten, sondern unsere Urteilsfähigkeit in den Vordergrund stellen. Vor allem sollten wir uns als Privatpersonen auch so verhalten, dass unsere politischen Stellungnahmen auch glaubwürdig sind. Und hier liegt der Kern zum vorliegenden Postulat. Die Stadt Bülach ist schon länger auf das Thema Energie sensibilisiert und dies auch ohne grüne Mehrheiten im Parlament oder im Stadtrat. Die Stadt Bülach erreichte im nationalen Minergie-Rating 2018 den zweiten Rang in der Kategorie «Gross-Gemeinden».



Der Gemeinderat hat sich in der Vergangenheit immer wieder, trotz Mehrkosten, für konkrete zusätzliche Investitionen zu Gunsten einer sauberen Energie ausgesprochen. Die Zielrichtung ist klar und das Bewusstsein vorhanden. Machen wir so weiter und handeln im Sinne eines besseren Klimas, statt uns in reisserischen Klimadebatten zu profilieren.

Ein kleines persönliches Anliegen für die konkrete Umsetzung der Energiestrategie in Bülach: Setzt Euch dafür ein, dass bei der Planung bei der ehemaligen Spinnerei Jakobstal ein kleines Wasserkraftwerk installiert wird. Die Infrastruktur dafür (der dazu notwendige Kanal), ist bereits vorhanden und es lässt sich auch mit einer modernen Wasserturbine saubere Energie gewinnen."

**Alfred Schmid** stellt fest, dass er der amtsälteste Gemeinderat ist und die 20 Jahre der Stadt Bülach als Energiestadt zu 2/3 miterlebt habe. Er wisse nicht, wie viele Millionen in dieser Zeit in Sachen Energie bereits investiert worden seien, aber es sei eine beachtliche Summe. Er findet den Entscheid des Stadtrats weise und die Worte von Nadja Naegeli, «man müsse jetzt anfangen», sowohl ideologisch als auch effektiv falsch. Bülach sei nicht umsonst im Ranking so weit vorne und kantonale wie auch nationale Vorbilder. Wenn man weiterhin bei jedem Geschäft die Klimaziele berücksichtige, was ohnehin Aufgabe und Pflicht sei, habe man etwas umgesetzt für sich und die Stadt Bülach und nicht bloss Schaumschlägerei betrieben.

**Conny Brizza** findet, dass wohl alle, auch die „Rechte Seite“ inkl. der EDU verstanden hätten, dass man mit Energie sorgsam umgehen müsse. Sie wolle den Grünen an dieser Stelle auch einmal einen Dank aussprechen. Sie seien mit gutem Beispiel vorgegangen und ohne sie würde es heute wahrscheinlich auch keine Papier-, Glas-, PET- oder Batterie-Sammlungen geben. Auf der anderen Seite gehe es in diesem Postulat ja um den CO<sub>2</sub>-Ausstoss. Und wenn man diesen in der Schweiz auf null senken würde, hätte das auf die Umwelt und die Atmosphäre keine Auswirkungen. Wenn man dies auf der ganzen Welt tun würde, würde man sogar die Menschheit und die Natur ausradieren und sie wisse nicht, ob das das Ziel der Grünen sei. Darum müsste man einen anderen Hebel ansetzen. Man wisse, dass vor 6'000 Jahren viel mehr CO<sub>2</sub> in der Luft war und die Vegetation viel besser gewesen sei. Die Natur brauche nun mal CO<sub>2</sub>. Darum wundere sie sich, dass so auf dem CO<sub>2</sub> herumgeritten werde, das ja eigentlich gut für die Natur sei. Betreffend die gegenwärtige Mobilisierung der Jugend frage sie sich, ob diese dann auch wirklich auf den Flug in den Urlaub, das 2x Duschen pro Tag oder das Handy aus China oder Korea verzichte. Man soll nicht mit dem Finger auf andere zeigen, wenn man ja selbst davon profitiere.

**René Anthon** meldet sich zu Wort. Heute habe man in der Zeitung lesen können, dass Bülach evtl. eine Atommüll-Stadt werden könnte. Er wolle einfach nicht, dass dann übermorgen in der Zeitung stehe „Atommüll-Stadt Bülach im Klimanotstand“. Das wäre dann doch zu viel.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. April 2018

**Damaris Hohler** kommt auf das Votum von Cornelia Brizza zurück. Betreffend CO<sub>2</sub> sei natürlich eine Netto-Null gemeint. Es sei also nicht so, dass auf dem Planeten kein CO<sub>2</sub> mehr existieren soll. Es sei auch keine Idee von Nadja Naegeli, sondern eine nationale Strategie, dass man bis 2050 auf einer CO<sub>2</sub> Netto-Null sei. Bülach würde also lediglich mitziehen, was national ohnehin die Linie sei. Natürlich wisse man nicht, ob jeder Klimastreikende vegan lebe und nie in den Urlaub fliege, aber um dies ginge es bei dieser Diskussion gar nicht. Sondern viel mehr um kollektive Massnahmen, die individuelle Handlungen beeinflussten.

Die Vorsitzende stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und nun über die Überweisung des Postulats abgestimmt wird.

### Abstimmung

Ja: 13 Stimmen

Nein: 13 Stimmen

Enthaltungen: 2 Stimmen

Die Vorsitzende fällt den Stichentscheid: Sie stimmt für die Überweisung des Postulats.

Der Gemeinderat stimmt somit der Überweisung des Postulats mit 14 Stimmen zu.

Gemäss Art. 50a Ziff. 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderats hat der Stadtrat spätestens innert 6 Monaten schriftlich Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Anträge zu stellen.



Traktandum 4

**Postulat von Cornel Broder und Mitunterzeichnenden betreffend Unterbelegung Asylzentrum  
– Begründung**

---

Cornel Broder und Mitunterzeichnende haben am 18. März 2019 ein Postulat betreffend Unterbelegung Asylzentrum eingereicht. Das Postulat wurde an der Gemeinderatssitzung vom 18. März 2019 verlesen und anschliessend dem Gemeinde- und Stadtrat zugestellt.

Wortlaut: „Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, welche Massnahmen in Folge der voraussichtlichen Unterbelegung des neuen Asylzentrums zu treffen sind. Falls die Möglichkeit in Betracht gezogen wird, Asylsuchende bzw. Flüchtlinge anderer Gemeinden zu übernehmen, wird um eine Prüfung möglicher Zusatzkosten gebeten, insbesondere im Hinblick auf:

- zusätzliche Integrationskosten,
- Übernahme der Asylfürsorge, wenn Beiträge des Kantons ausbleiben,
- Beiträge für Sozialhilfe, wenn Bülach als neue Einwohnergemeinde die Verantwortlichkeit der Erstgemeinde übernimmt.“

Die Vorsitzende bittet Cornel Broder um Begründung des Postulats.

**Cornel Broder:** „Bei der Abstimmung über das Asylzentrum wurde von gewissen Voraussetzungen ausgegangen und man hat einige Annahmen gemacht, teilweise wurden Optionen geprüft, viele wieder verworfen. Teilweise sind heute die Bedingungen noch gleich, in einigen Bereichen hat sich die Situation aber auch markant verändert.

Nun deuten aber viele Anzeichen darauf hin, dass sich eine Unterbelegung abzeichnet. Mit dem konstruktiv zu verstehenden Vorstoss möchten wir anstossen, dass die Situation vorausschauend betrachtet, alle möglichen Alternativen geprüft und gegenübergestellt werden, insbesondere die Kosten sollen transparent ausgewiesen werden. Nur so ist eine zielführende Diskussion möglich und eine demokratisch breit abgestützte Mehrheitsbildung sichergestellt.

So sind wir gespannt auf die Überlegungen und Betrachtungen des Stadtrats und wünschen eine offene Diskussion, bevor die entsprechenden Weichen gestellt werden.

So bitte ich im Namen der Unterzeichner um Entgegennahme bzw. Überweisung des Postulats im Sinne der Transparenz. Dies sind wir den Stimmbürgern schuldig.“

Die Vorsitzende fragt den Stadtrat an, ob er bereit ist das Postulat entgegenzunehmen.

**Stadtrat Rudolf Menzi** teilt mit, dass der Stadtrat das Postulat zur Beantwortung entgegennimmt.



### Diskussion

**Luís Calvo Salgado:** „Als Interpellation hätten wir die Fragen akzeptieren können, aber als Postulat wird hier suggeriert, dass bedrohliche Umstände herrschen und Massnahmen erforderlich sind. Das entspricht nicht unserer Ansicht. Ein paar Fakten dazu.

Die Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden erfolgt im Kanton Zürich in einem 2-Phasen-System: In der 1. Phase wohnen Asylsuchende während 2 - 6 Monaten in einer Kollektivstruktur in einem kantonalen Durchgangszentrum. In der 2. Phase weist das Kantonale Sozialamt die asylsuchenden Personen einer Gemeinde zu. Jede Gemeinde im Kanton Zürich muss gemäss ihrer Grösse Asylsuchende aufnehmen.

Das Asylzentrum von Bülach wird diese asylsuchenden Personen aufnehmen, die Bülach zugewiesen werden. Derzeit liegt die Zahl von Asylsuchenden pro Gemeinde bei 0,7 Prozent der Wohnbevölkerung. Die Gemeinden sind heute also verpflichtet, auf 1000 Einwohner 7 Asylsuchende aufzunehmen. Der Kanton Zürich wird im ersten Quartal 2019 eine Senkung der Aufnahmequote für die Gemeinden prüfen. Man muss ferner daran erinnern, dass der Bau vom Asylzentrum in Bülach in einer Abstimmung von der Bülacher Bevölkerung beschlossen wurde. Die Kosten von diesem Bau sind sehr bescheiden.

Es kommen aktuell nur wenige Asylbewerber in die Schweiz. Das kann sich aber wieder ändern. Der Krieg in Libyen kann jederzeit zu einer Erhöhung der Zahlen führen, um nur ein Beispiel zu nennen, über das aktuell in den Medien berichtet wird. Dank der aktuellen Situation haben wir auf jeden Fall als Gemeinde mehr Raum zur Verfügung, was eine gute Nachricht ist. Die Finanzierung der Beiträge für die Gemeinden durch den Kanton ist völlig gesichert.“

Die Vorsitzende stellt fest, dass es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt und nun über die Überweisung des Postulats abgestimmt wird.

### Abstimmung

Der Rat stimmt der Überweisung des Postulats mit 22 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zu. Gemäss Art. 50a Ziff. 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderats hat der Stadtrat spätestens innert 6 Monaten schriftlich Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Anträge zu stellen.



Traktandum 5

**Postulat von Damaris Hohler und Mitunterzeichnenden betreffend Jugendparlament –  
Begründung**

---

Damaris Hohler und Mitunterzeichnende haben am 18. März 2019 ein Postulat betreffend Jugendparlament eingereicht. Das Postulat wurde an der Gemeinderatssitzung vom 18. März 2019 verlesen und anschliessend dem Gemeinde- und Stadtrat zugestellt.

Wortlaut: „Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, ob und in welchem Format die Gründung eines Jugendparlaments in Bülach angebracht wäre.“

Die Vorsitzende bittet Damaris Hohler um Begründung des Postulats.

**Damaris Hohler** führt aus: „Wie diverse politikwissenschaftliche Studien belegen, haben viele Gemeinden zunehmend Mühe, genügend politisches Personal zu finden. Besonders an jungen Leuten mangelt es – wie wir es ja auch in unserem Parlament oder den Parteien beobachten können. Doch nicht nur vom passiven, sondern auch vom aktiven Wahlrecht scheinen junge Leute wenig Gebrauch zu machen. So betrug die Wahlbeteiligung der 18- bis 29-Jährigen bei den letztjährigen Bülacher Wahlen lediglich 14.8 % – ein sehr tiefer Wert. Umso wichtiger erscheint es mir darum, dass Jugendliche stärker in die Politik eingebunden werden, gerade auch in die Lokalpolitik, und ihre Freude an politischer Partizipation geweckt wird. Schliesslich politisieren wir für die Zukunft und auch die Jungen sollen die Möglichkeit haben, ihre Visionen und Ideen einzubringen. Die schweizweit stattfindenden Klimastreiks und -demonstrationen von Schülern und jungen Leuten beweisen wohl, dass den Jugendlichen ihre Zukunft nicht egal ist. Eine effiziente und auch kostengünstige Möglichkeit, um Jugendlichen die Politik näher zu bringen, ist ein Jugendparlament. Es gibt mittlerweile 74 Jugendparlamente und ähnliche Organisationen in der Schweiz, die ganz unterschiedlich ausgestaltet sein können. Ihnen allen gemeinsam ist, dass sich Jugendliche für Jugendliche einsetzen.

Ungefähr die Hälfte der Parlamente ist privatrechtlich, die andere öffentlich-rechtlich organisiert. Der Dachverband Schweizer Jugendparlamente empfiehlt jedoch den öffentlich-rechtlichen Weg, da dadurch die Gemeinde besser eingebunden ist, die Finanzierung gesichert ist und die Jugendlichen mehr politische Kompetenzen haben.

Welchen Einfluss Jugendparlamente tatsächlich auf die politische Partizipation Jugendlicher haben, ist natürlich schwierig abzuschätzen. Das Interesse an einem politischen Amt ist bei den aktiven Jugendparlamentarier und Jugendparlamentarierinnen jedoch ausserordentlich hoch. So können sich gut 31% vorstellen, ein Amt auf kommunaler Ebene zu übernehmen. Für die kantonale und nationale



Ebene sind die Werte mit 43% und 47% gar noch höher. Auch namhafte Politiker wie Moritz Leuenberger oder Pierre Maudet sammelten ihre ersten Politikerfahrungen in einem Jugendparlament. Ich bin überzeugt, dass auch in der wachsenden Bezirkshauptstadt Bülach die Zeit reif ist für ein Jugendparlament oder eine ähnliche Organisation, die Jugendliche politisch einbindet."

**Stadtpräsident Mark Eberli** teilt mit, dass der Stadtrat das Postulat entgegennimmt.

Aus dem Rat gibt es keine Anträge auf Abänderung oder Ablehnung des Postulats.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass, wenn aus dem Rat kein Antrag auf Abänderung oder Ablehnung gestellt wird, das Postulat als überwiesen gilt. Der Stadtrat hat somit spätestens innert 6 Monaten schriftlich Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Anträge zu stellen (Art. 50a Ziff. 9 GeschO)

Traktandum 6

### **Bauberechnung Beckensanierung Freibad, 2. Etappe**

---

Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat, er wolle beschliessen:

1. Die Bauabrechnung über die 2. Etappe der Beckensanierung im Freibad Bülach wird mit Aufwendungen von Fr. 1'575'586.50 (inkl. MWSt.) und einer Kreditunterschreitung von Fr. 54'413.50 genehmigt.

Zu diesem Geschäft liegt der Abschied der Rechnungsprüfungskommission vor. Sie empfiehlt **einstimmig Annahme** der Kreditabrechnung.

Es werden keine Wortmeldungen gewünscht.

### **Abstimmung**

Der Gemeinderat genehmigt die Bauabrechnung über die 2. Etappe der Beckensanierung im Freibad Bülach mit Aufwendungen von Fr. 1'575'586.50 (inkl. MWSt.) und einer Kreditunterschreitung von Fr. 54'413.50 einstimmig.



Traktandum 7

**Planungskredit für die Erweiterung und den Umbau der Schulanlage Allmend – Gesuch um Fristerstreckung**

---

Die Primarschulpflege beantragt mit Beschluss-Nr. 104 vom 9. April 2019 eine Fristerstreckung von 9 Monaten für die Unterbreitung des überarbeiteten Antrags «Planungskredit Erweiterung Schulanlage Allmend» bis 3. Dezember 2019.

Rückblick: Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 3. September 2018 den Planungskredit für die Erweiterung und den Umbau der Schulanlage Allmend zurückgewiesen und die Rückweisung mit einem Auftrag verbunden. Die Frist für die Einreichung des überarbeiteten Antrags beträgt gemäss Art. 35 der Geschäftsordnung sechs Monate; sie ist am 3. März 2019 abgelaufen. Der Gemeinderat kann jedoch die Frist auf begründetes Gesuch hin erstrecken.

Die Vorsitzende übergibt das Wort an die zuständige Stadträtin und bitte sie um Begründung des Gesuchs um Fristerstreckung.

**Stadträtin Virginia Locher** teilt mit, dass die Zeit einfach nicht ausgereicht habe, um dem Gemeinderat einen überarbeiteten Antrag zu unterbreiten. Bis im Juni 2019 werde aber eine Machbarkeitsstudie vorliegen und dann wisse man auch, wie es mit diesem Projekt weitergehen wird. Danach erfolge die Ausarbeitung des neuen Antrags. Es sei vorgesehen, die zuständigen Kommissionen frühzeitig miteinzubeziehen.

Die Diskussion wird nicht gewünscht.

**Abstimmung**

Der Gemeinderat genehmigt die Fristerstreckung für die Unterbreitung des überarbeiteten Antrags «Planungskredit Erweiterung Schulanlage Allmend» bis 3. Dezember 2019 einstimmig.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. April 2018

Traktandum 8

### **Fragen an Kommissionen und Stadtrat**

---

**Jörg Inhelder** hat im Zusammenhang mit dem Projekt-Reporting, das dem Gemeinderat heute zugeschickt worden ist, eine Frage an den Stadtrat. Die Frage laute: «Ist der Stadtverwaltung die rote Farbe ausgegangen?». Auf der Liste würden nämlich Projekte grün markiert, die in Wirklichkeit hochrot seien. Als Beispiel wolle er nur die Heizung im Schulhaus Lindenhof oder den Ausbau des Schulhauses Allmend nennen. Er frage sich, wie ernst man dieses Projekt-Reporting überhaupt nehmen könne.

**Stadtpräsident Mark Eberli** nimmt dies zur Kenntnis und merkt an, dass die rote Farbe nicht ausgegangen sei.

Traktandum 9

### **Diverses**

---

**Stadträtin Andrea Spycher** erkundigt sich bei Daniel Wülser, ob er bezüglich seiner per Mail gestellten Fragen betreffend die Auswirkungen des Bundesratsentscheids (Einzonungsstopp) auf die Realisation Hagenbuchen, Jakobstal und Herti anlässlich dieser Sitzung noch eine Antwort vom Stadtrat erwarte.

**Daniel Wülser** verneint. Er wolle dieses Thema an der nächsten GR-Sitzung im Mai 2019 nochmals ansprechen. Bis dann sollten dann auch die Informationen zum Bundesratsentscheid in schriftlicher Form vorliegen und ausgewertet sein.

### **Informationen der Vorsitzenden**

#### **Einladung zum Apéro**

Die Vorsitzende lädt alle Anwesenden herzlich zu einem Umtrunk mit Apéro in der „Kantine“ (ehemals Guss) ein.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. April 2018

### **Rechtskraft der Beschlüsse**

Gegen die Beschlüsse aus der Gemeinderatssitzung vom 18. März 2019 sind bis heute keine Rechtsmittel ergriffen worden. Die Rekursfrist läuft noch bis am 23. April 2019.

### **Rechtsbelehrung**

Betreffend die an der heutigen Sitzung behandelten Geschäfte werden aus dem Rat keine Einwände erhoben.

Die Sitzung ist um 20.30 Uhr geschlossen.

## Protokoll



**Behörde** Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 15. April 2018

Bülach, 18. April 2019

Für die Richtigkeit:

Jeannette Wanner, Ratssekretärin

Geprüft:

Claudia Forni  
Gemeinderatspräsidentin

Stephan Blättler  
1. Vizepräsident

Yvonne Waldboth  
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber und Stadtschreiber-Stv.
- Protokollsammlung